Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,300.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 283. Mittwoch den 10. October 1883. 77. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Gemäß der Kirchenvorstandsordnung hat demnächst die Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes von **St. Thomä** auszuscheiden und eine Ergänzungswahl durch die Kirchengemeinde stattzufinden.

Stimmberechtigt zu dieser Wahl sind alle selbstständigen Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentliches, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenes Aergerniß gegeben haben, des Stimmrechts bei kirchlichen Wahlen wegen Versäumniß der kirchlichen Trauung, oder der Taufe ihrer Kinder verlustig geworden, oder von dem Stimmrecht der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind.

Wer von seinem Stimmrechte Gebrauch machen will, hat aber vor Allem sich anzumelden. Solche Anmeldungen können ebensowohl **schriftlich** als **mündlich** gemacht werden.

Die persönlichen Anmeldungen zu der bevorstehenden Ergänzungswahl werden von **Donnerstag, den 11. October bis Sonnabend, den 13. October, Vormittags von 10—1 Uhr, in der Sacristei der Thomaskirche** angenommen.

Schriftliche Anmeldungen, bei welchen genau anzugeben ist: 1) Vor- und Zuname, 2) Stand, Gewerbe ꝛc., 3) Geburtstag und Jahr, 4) Wohnung, werden vom 11. October bis 13. October zu jeder Tagesstunde (am 13. jedoch nur bis 1 Uhr Nachmittags in der Kirchenexpedition, Thomaskirchhof 23, angenommen.

Noch bemerken wir, daß zur Thomaskirche folgende Straßen und Plätze der Stadt eingepfarrt sind:

Alexanderstraße, Alter Amtshof, Beethovenstraße, Bismarckstraße, Kleine Burggasse, Burgstraße, Centralstraße, Colonnadenstraße, Davidstraße, Dorotheenstraße, Elsterstraße, Erdmannstraße, Ferdinand Rhodestraße, Gottschedstraße, Grassistraße, Härtelstraße, Härtelstraße, Hauptmannstraße, Hillerstraße, Jablonowskystraße, Johannapark, Klostergasse, Königsplatz, Kramerstraße, Kurprinzstraße, Leplaystraße, Markt (Süd- und Westseite, letztere von der Peterstraße bis zum Barfußgäßchen), Marschnerstraße, Mendelssohnstraße, Moritzstraße, Moschelesstraße, Mozartstraße, Mühlgasse, Münzgasse, Ostmarkt, Osterstraße, Petershofe, Petersstein weg, Peterstraße, Plagwitzer Straße, An der Pleiße, Pleißenburg, Pleißenstraße, Preußergäßchen, Promenadenstraße, Roßplatz (vom Königsplatz bis zur Ulrichsgasse), Rudolphstraße, Schillerstraße, Schloßgasse, Schrebergäßchen, Schreberstraße, Schulstraße, Sebastian Bachstraße, Seitenstraße, Simsonstraße, Sporergäßchen, Sternwartenstraße, Thomasgäßchen, Thomasiusstraße (südlicher Theil, von der Oeser- bis zur Poniatowskystraße), Thomaskirchhof, Turnerstraße, Ulrichsgasse, Weststraße, Wiesenstraße, Wilhelm Seyfferth-Straße, Windmühlengasse, Windmühlenstraße (vom Königsplatz bis zur Turner- und Emilienstraße), Zimmerstraße.

Wir fordern hiermit die evangelisch-lutherischen Einwohner der bezeichneten Stadttheile auf, sich innerhalb der genannten Frist und **spätestens bis mit dem 13. October** anmelden zu wollen und ersuchen dieselben um zahlreiche Ausübung dieses für die Selbstverwaltung der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde hochwichtigen Rechtes.

Leipzig, 5. October 1883.

Der Kirchenvorstand zu St. Thomä.
Dr. F. W. Valentiner.

Auction.

Freitag, den 12. October 1883, 11 Uhr Vormittags sollen in Reudnitzerfeld bei Leipzig auf dem vis à vis von Büßler und Bonnitz'schen Holzhofe gelegenen Lagerplatze Schuldnerd **64 Stück eiserne Träger** verschiedener Größe und Stärke, **6 Stück Eisenbahnschienen**, ca. **2000 Stück Mosaikfteine** und **1 alter verschließbarer Eisenbahnwagen** ohne Räder öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 6. October 1883.

Thierbach, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Die Mission Mukhtar Pascha's.

Die russischen Blätter lassen es sich nicht nehmen, daß Mukhtar Pascha mit seiner Mission in Deutschland und Oesterreich durchgefallen sei, welche Staaten ein Bündniß mit der Türkei schon aus dem Grunde ablehnen müßten, weil ihre inneren Verhältnisse so zerrüttet seien, daß der Werth eines solchen Bündnisses ein völlig illusorischer sein würde. Diese Ansicht vertritt zumal die „Nowoje Wremja", welche zuerst über die „Mission" Mukhtar Pascha's angeblich aus „zuverlässiger" Quelle geschöpfte „Enthüllungen" brachte, die auch in den anderen Petersburger Blättern die Runde machten. In einem soeben erschienenen Artikel bemüht sich das russische Blatt, der erwähnten Angelegenheit noch tiefer auf den Grund zu gehen und gelangt so zu allerlei Fragen und Schlüssen, die nicht ohne allgemeines Interesse sind.

„Vor Allem wäre es von Wichtigkeit, zu erfahren", heißt es, „welche Vorschläge Mukhtar Pascha in Friedrichsruhe gemacht habe. In dieser Hinsicht lassen sich bis jetzt nur Vermuthungen aufstellen. Die türkische Regierung verlangt wohl jedenfalls Garantien für ihren gegenwärtigen Besitzstand in Europa und Asien. Es dürfte der Pforte wohl kaum eingefallen sein, an die Wiedererlangung ihrer verlorenen Gebiete zu denken, die in administrativer Beziehung für sie früher doch nur eine Last waren. Mit den Territorialbesitzungen verlor jedoch die Pforte auch verschiedene Einkünfte und dieser Verlust ist für sie bei dem fortwährenden Geldmangel ein überaus empfindlicher. Wahrscheinlich hat Mukhtar Pascha in der einen oder anderen Form Deutschland um eine Geldunterstützung ersucht. Es wäre der Pforte sehr angenehm, von ihren lässigen Vasallen pünctlich den Tribut zu erhalten und auch die Staatsschuld der Türkei, falls es anginge, auf die Donau- und Balkan-Fürstenthümer zu vertheilen, die auf den Trümmern des alten ottomanischen Reiches entstanden sind. Welcher Art die Vorschläge der Türkei auch gewesen sein mögen, Deutschland mußte mit einer Abweisung antworten; das geschah nicht allein wegen der Unausführbarkeit derselben oder weil die türkische Armee zu einem Angriffskriege nicht zu verwerthen ist, sondern der eigentliche Grund der Abweisung ist ein ganz anderer und tiefer liegender. Deutschland unterstützt die Eroberungspolitik Oesterreich-Ungarns im Orient; wenn es zu einem Kriege kommt, so wird die Türkei in erster Linie die Unkosten zu tragen haben. Die Occupation Bosniens und der Herzegowina, die in demselben Augenblick erfolgte, als der Berliner Congreß tagte, um angeblich die Türkei schadlos zu halten, sollte wohl geeignet sein, den Türken über die wahren Absichten Europas die Augen zu öffnen. Nach Bosnien und der Herzegowina mußte die Türkei ohne Kampf Cypern, Tunis und Egypten abtreten. Gegenwärtig handelt es sich um Albanien und Macedonien mit dem Hafen von Salonichi. In Oesterreich spricht man allgemein davon, daß die Erwerbung der beiden letzteren nur mehr eine Zeitfrage sei. Der englische Botschafter Lord Dufferin ist in Konstantinopel eingetroffen, um Unterhandlungen wegen der Abtretung Syriens und Mesopotamiens einzuleiten. Dieselben europäischen Mächte, an welche sich gegenwärtig die Türkei mit dem Antrage, ein Bündniß abzuschließen, wendet, forderten Rußland vor nicht langer Zeit auf, Armenien zu nehmen. Die Londoner ministeriellen Blätter haben im verflossenen Frühjahr Armenien Rußland förmlich angeboten und dieses Anerbieten hat man auch in Berlin und Wien wiederholt."

„Nach diesen vielen Enthüllungen, welche die Türkei bezüglich ihrer westlichen Freunde erfahren", fährt die „Nowoje Wremja" fort, „könnte es für sie wohl Zeit sein, endlich zur Besinnung zu gelangen. Sie sollte zur Erkenntniß kommen, daß es für sie vortheilhafter ist, sich den Balkanfürstenthümern und Rußland zu nähern, das wohl zuweilen rauh aufgetreten ist, aber stets ehrlich und offen gehandelt hat. Gegenwärtig, wo die Bedingungen des diplomatischen Kampfes sich derartig gestaltet haben, daß jeder Staat erforderlichenfalls mit mehreren Gegnern zu rechnen hätte, gewänne für uns eine Annäherung an die Türkei eine praktische Bedeutung. Wir fordern von der Türkei keine Hilfstruppen, sondern können im Gegentheil ihr bei der Vertheidigung ihres Besitzstandes Beistand leisten. Selbst wenn das mitteleuropäische Bündniß keine Angriffszwecke verfolgen würde, so wirkt doch die Concentrirung aller Kräfte in Mitteleuropa auf den Gang der politischen Angelegenheiten zum Nachtheile der einen oder anderen Macht, die an dem Bündnisse nicht Theil nimmt. Diese Wirkung ist bereits in den bekannten Ereignissen auf der Balkanhalbinsel hervorgetreten, weshalb die Vermuthung nicht ausgeschlossen ist, daß die türkische Regierung vielleicht schon im nächsten Frühling die österreichischen Kräfte am Aegäischen Meere zu erwarten hat. Rußland allein bedarf keiner Gebietserweiterung auf Kosten der Türkei; wir wünschen nur eine freie Straße aus dem Schwarzen in das Mittelländische Meer. In früherer Zeit begriffen die leitenden Politiker in Konstantinopel den Vortheil einer Verständigung mit Rußland. Dieses wird sich aber jedenfalls, ob früher oder später, mit oder gegen den Willen der türkischen Regierung, eine Garantie schaffen müssen, daß die Dardanellen und der Bosporus den Schiffen uns feindlicher Mächte nicht zugänglich sein dürfen. Das muß die türkische Regierung begreifen, wenn sie ihre Politik mit den Bedingungen der russischen in Einklang bringen, die Unterstützung Rußlands sich erwerben, für viele Jahre den Frieden und sich selbst die Unverletzlichkeit ihres Besitzstandes sichern will."

Aus diesen Aeußerungen der „Nowoje Wremja" gehen nicht allein ganz deutlich die Absichten und Pläne Rußlands hervor, sondern es wird auch Manches erklärlich, was sich bezüglich einer Annäherung Rußlands an die Türkei in letzterer Zeit noch in ein Halbdunkel hüllte. Ueberdies kann man auch aus den hier angeführten Betrachtungen des russischen Blattes die Ueberzeugung schöpfen, daß man in Petersburg den jüngst zu Ungunsten Rußlands erfolgten Umschwung auf der Balkanhalbinsel, zumal in Bulgarien, durchaus nicht unterschätzt. Auch das Geständniß, daß das mitteleuropäische Bündniß, mindestens vorläufig, den Plänen Rußlands Stillstand gebietet, ist aus den Aeußerungen des russischen Blattes leicht herauszulesen. Und das scheint uns immerhin ein Erfolg der mitteleuropäischen Friedenspolitik, — wie sie Fürst Bismarck mit eiserner Consequenz verfolgt.

Leipzig, 10. October 1883.

* Man schreibt uns aus Berlin vom Montag: „Wie verlautet, soll Herr von Puttkamer Ende dieser Woche nach Friedrichsruh abreisen und soll Fürst Bismarck alsdann den Termin für die Einberufung des Landtags festsetzen. Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers ist, hierher gelangten Nachrichten zufolge, durchaus befriedigend, und widmet der Fürst täglich sechs bis acht Stunden den Staatsgeschäften. Graf Herbert Bismarck und der Schwiegersohn des Kanzlers Graf Kuno Rantzau weilen in der Nähe des Fürsten. Am Freitag war Mukhtar Pascha Gast, der außerordentliche türkische Botschafter, welcher bekanntlich der Kaiserin den vom Sultan ihr verliehenen Orden überbracht hatte, zu Gaste bei dem Reichskanzler in Friedrichsruh. Der Pascha dinirte beim Fürsten und übernachtete auf dessen Landsitz. Er ist von der Liebenswürdigkeit des Fürsten Bismarck ganz entzückt und des Lobes voll über die ihm gewordene vorzügliche Aufnahme. — In unserem auswärtigen Amte geht es im Uebrigen jetzt ziemlich still zu; auch Graf Hatzfeldt ist beurlaubt und von Berlin abwesend, die Geschäfte werden von dem Unterstaatssecretair Dr. Busch und Geh. Legationsrath v. Bojanowski versehen. Viel wird jetzt besonders in der handelspolitischen Abtheilung des Auswärtigen Amts gearbeitet, in welche dieser Tage wieder von Neuem zwei vortragende Räthe berufen worden sind, die Herren Dr. Gerlich und Schöll, welche bisher als Consuln in St. Louis und Montevideo fungirt haben. — Mit besonderer Aufmerksamkeit werden in hiesigen politischen Kreisen die aus Bulgarien kommenden Mittheilungen verfolgt. Aus Allen geht klar hervor, daß der russische Staatsrath Jonin eine ziemlich zweideutige Rolle spielt und sich keineswegs darauf beschränkt, objectiver Beobachter zu bleiben und seiner Regierung Bericht zu erstatten. Herr Jonin ist offenkundig bestrebt, dem Fürsten Alexander und dem neuen Cabinet nach Möglichkeit Schwierigkeiten zu bereiten, nicht nur die Oppositionspartei zu ermuthigen, sondern durch möglichst viele Elemente zu verstärken, um schließlich die früheren Zustände wieder herbeizuführen, dem russischen Einfluß wieder die Herrschaft zu verschaffen. Einstweilen freilich droht keine Gefahr, da der Fürst die Absicht merkt und auf seiner Hut ist. Vor Allem wird von der neuen Regierung eine Verminderung des Militairbudgets angestrebt, denn zunächst die Verminderung des stehenden Heeres, da Bulgarien keine internationale Rolle zu spielen gewillt ist. Der Fürst erfreut sich vorläufig des Beifalls der Majorität der Kammer, und hoffentlich wird es Herrn Jonin nicht sobald gelingen, eine größere Gruppe für sich zu gewinnen. In Berlin stehen dem Fürsten die Sympathien maßgebender Kreise zur Seite und auf indirectem Wege wird er ermuthigt, auf der betretenen Bahn auszuharren. Es ist daher erklärlich, daß auch die Mittheilung Glauben findet, daß neuerdings eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Kaiser von Rußland geplant gewesen, aber durch Fürst Bismarck selbst hintertrieben worden sei. Doch bin ich in der Lage, aus authentischer Quelle diese Nachricht als völlig unbegründet zu bezeichnen."

* Während der letzten Anwesenheit des Chefs der Admiralität, Generallieutenants v. Caprivi, in Kiel fand unter seinem Vorsitz eine Conferenz der Contre-Admirale Livonius, Knorr, Graf Monts, v. Wickede und v. Blanc statt, in welcher die bei einer etwaigen schleunigen Mobilmachung der gesammten deutschen Kriegsflotte zu treffenden Maßregeln berathen wurden. Es galt, die nöthigen Bestimmungen zu treffen, damit alle zum Auslaufen bestimmten Kriegsschiffe in gleicher Frist wie das Landheer, also in etwa acht Tagen, vollständig kriegsgerüstet in See laufen könnten. In den großen Arsenalen der Flotte zu Kiel und Wilhelmshaven hat jedes zum activen Dienst bestimmte Kriegsschiff sein eigenes Magazin, in dem Alles, was zu seiner See-Ausrüstung nothwendig, vom größten Geschütz bis zum Speacnapf in der Officiersmesse, vom Torpedo bis zum Kochlöffel in der Mannschaftsküche, in bester Beschaffenheit vollständig geordnet und numerirt aufbewahrt wird. So kann jedes Kriegsschiff, wenn der Befehl dazu kommt, binnen drei bis vier Tagen armirt, mit Munition versehen, aufgetakelt und zum Auslaufen bereit gemacht werden. Auch Officiere und Unterofficiere sind binnen wenigen Tagen für die Mobilmachung des größten Theiles der Kriegsschiffe heranzuziehen. Schwieriger und theilweise unmöglich ist aber die Einberufung der gesammten Flottenbemannung in gleich kurzer Frist. Ein großer Theil der nach 2½jähriger Dienstzeit entlassenen Reservisten und dann viele Officiere und Mannschaften der Seewehr fahren als Capitaine, Steuerleute und Matrosen der Kauffahrteischiffe auf allen Meeren der Erde umher, und diese kann man ganz unmöglich in kurzer Zeit zum Dienst herbeiziehen. Durch Einstellung der seegewohnten Arbeiter der Werften und Arsenale, wie durch freiwillige Anwerbung unbeschäftigter Kauffahrteimatrosen kann man aber immerhin binnen wenigen Tagen einen großen Theil der fehlenden Matrosen wenigstens nothdürftig ergänzen, und keine Flotte der Welt dürfte schneller mobilisirt werden als jetzt die deutsche.

* Die commissarischen Verhandlungen über die Rheincorrection scheinen rasch und glatt verlaufen zu sein, wie aus dem von Herrn Dr. Thilenius vorgeschlagenen Antrage, welcher auch angenommen wurde, hervorgeht. Dieser Antrag lautet:

Die Versammlung tritt mit den von den Herren Commissaren in Aussicht gestellten Modificationen den in Biberich im October 1880 gefaßten Beschlüssen bei". Die Modificationen betreffen den Artikel 3 des Staatsvertrages zwischen Preußen und Hessen, welchem eine bestimmtere Fassung gegeben werden soll, wonach der Wasserspiegel des Rheines und die Aufnahmefähigkeit desselben nicht vermindert werden darf. Bekanntlich waren über den Zustand des Rheines im Rheingau namentlich auch im Interesse des Weinbaues lebhafte Klagen auch beim Reichstage geführt. Auf Aufforderung des Letzteren hat der Reichskanzler in Ausübung des dem Reich zustehenden Aufsichtsrechtes im Herbst 1880 eine Commission, bestehend aus Vertretern des Reichs und der Rheinuferstaaten, berufen, um unter Zuziehung der Betheiligten die Beschwerden zu prüfen. Nach dem Berichte der Reichscommission waren nicht unerhebliche Aenderungen der bestehenden Stromanlagen erforderlich, um begründeten Beschwerden der Uferbewohner gerecht zu werden. Die betreffenden Vorschläge wurden von den betheiligten Regierungen angenommen, die Regulirungspläne ausgearbeitet und auch über die Vertheilung der Kosten eine Verständigung erzielt. Vielfachen Wünschen nachgebend, hat sich die Reichsregierung entschlossen, ehe an die praktische Durchführung des Werkes gegangen wird, die oben erwähnte Commission nochmals an Ort und Stelle zusammentreten zu lassen, und es steht zu hoffen, daß eine baldige allseitig befriedigende Lösung erzielt wird.

* Der „Deutsche Reichsanzeiger" meldet: „Die Berichte der öffentlichen Blätter über die Einweihung des National-Denkmals auf dem Niederwalde lassen die Erwähnung einer Thatsache vermissen, welche Vielen zur Freude und Genugthuung gereichen wird. Es ist bekannt, daß der Erbauer des in ungewöhnlichen Dimensionen gehaltenen Denkmals bei den Voranschlägen den erforderlichen Aufwand unterschätzt hat, so daß die ihm contractlich zugesicherte Vergütung kaum hingereicht haben würde, um den Künstler vor unmittelbarem Schaden zu bewahren. Im Hinblick hierauf und in Würdigung der Größe und Bedeutung des Meisterwerks hat Se. Majestät der Kaiser dem Professor Dr. Johannes Schilling in Dresden, neben der demselben verliehenen Ordensauszeichnung, eine besondere Anerkennung in Gestalt einer Ehrengabe von 30,000 ℳ zuzuwenden und hiervon den Künstler am Tage der Einweihung des Denkmals durch ein sehr huldreiches Allerhöchstes Handschreiben in Kenntniß zu setzen geruht." — Dieser Act kaiserlicher Munificenz ist bereits gestern kurz telegraphisch gemeldet worden.

* Die badischen Wahlen haben bekanntlich den Conservativen und den Ultramontanen eine schwere Niederlage beigebracht. Letztere haben mindestens 4, erstere 2 Sitze verloren (sie besaßen deren überhaupt nur 3, die conservative „Fraction" besteht somach jetzt aus 1 Mitglied). Man durfte gespannt sein, was die Gesinnungsgenossen in Norddeutschland zu diesen Niederlagen sagen würden, wenn sie einmal Zeit gefunden, von dem Verlust der Nationalliberalen im Bennigsen'schen Wahlkreis den Blick auf die Schicksale ihrer eigenen Partei zu lenken. Die „Kreuzzeitung" findet endlich Worte über die badischen Wahlen. Sie kommt zu dem Resultat, daß der Liberalismus unter den herrschenden günstigen Umständen eigentlich ganz andere Eroberungen hätte machen müssen. Daß er es nur auf 4 neue Mandate gebracht hat, beweise am besten, wie wenig innere Lebenskraft hinter dem Aufschwung von 1883 stecke. Leichtfertiger kann man sich doch wirklich nicht trösten. Die ultramontane Presse, für deren Partei die badischen Wahlen eine besonders eindringliche Mahnung sein sollten, daß das katholische Volk der klerikalen Hetzerei müde wird, hat bis jetzt kaum ein Wort über das Ereigniß gefunden.

* In dem badischen Wahlkreise St. Blasien haben am Sonnabend die Liberalen gesiegt und damit den Ultramontanen ein weiteres Mandat entrissen. Ueber das Gesammtresultat der badischen Wahlen schreibt das amtliche Blatt des (bekanntlich gemäßigt-liberalen Anschauungen huldigenden) Ministeriums, die „Karlsr. Zeitung":

Die am 4., 5. und 6. d. M. in 30 Wahlbezirken stattgefundenen Erneuerungswahlen zur Zweiten Kammer des badischen Landtags haben das Ergebniß gehabt, daß sich unter den 31 neugewählten Abgeordneten 20 befinden, welche der nationalen und liberalen Partei angehören, 7, welche auf das Programm der katholischen Volkspartei, und 4, die von der demokratischen Partei gewählt sind. Von den ausgetretenen Kammermitgliedern hatten 17 der nationalen und liberalen, 11 der katholischen Volkspartei, 3 der conservativen und 2 der demokratischen Partei angehört. Bei den Neuwahlen hat die katholische Volkspartei 4 und die conservative Partei 2 Wahlbezirke an die nationale und liberale Partei verloren, die demokratische dieser Partei 2 Wahlbezirke abgenommen. Bekanntlich steht noch die Erneuerungswahl im 52. Wahlbezirk (Bezirksämter Eberbach und Buchen) aus, weil dort in einer Gemeinde die Wahlmännerwahl für ungiltig erklärt worden ist und deshalb zunächst erneuert werden muß. Ferner ist eine Ersatzwahl im 2. Wahlbezirk (Bezirksamt Meßkirch und Gemeinden des Bezirksamts Stockach) vorzunehmen, dessen bisheriger Vertreter sein Mandat niedergelegt hat. Das Ergebniß der Wahl entspricht im Ganzen den Erwartungen, welche nach dem Ausfalle der Wahlmännerwahlen gehegt wurden. Es hat die schon unmittelbar nach dem 14. September ausgesprochene Wahrnehmung nunmehr eine neue Bestätigung gefunden, daß die gemäßigten Elemente aller Parteien entschlossen sind, im Einklang mit den von den Organen der öffentlichen Meinung vielfach gehegten Wünschen, den inneren Frieden, dessen sich unser Land erfreut, zu erhalten und den auf Erneuerung von Principienstreitigkeiten auf politischem und kirchlichem Gebiet gerichteten Bestrebungen entgegenzutreten. Das durch die Erneuerungswahlen geschaffene Stimmenverhältniß in der der Zweiten Kammer des Landtags läßt mit Bestimmtheit hoffen, daß es der Volksvertretung gelingen werde, im Einvernehmen mit der Großherzoglichen Staatsregierung und durch sachliche Behandlung der Berathungsgegenstände das Wohl unseres Landes auf den verschiedenen Gebieten des Staatslebens zu fördern. In diesem Sinne dürfen wir auf die mit den oben erwähnten Resultaten nunmehr zum Abschluß gelangten Wahlen mit aufrichtiger Befriedigung zurückblicken.

* Der Delegirtentag des **bayerischen Handwerkerbundes**, welcher von 74 Delegirten als Vertreter von 41 Vereinen besucht war, nahm den Antrag auf Gründung gewerblicher Kreis- und Bezirksverbände im ganzen Königreich an. Bezüglich des Anschlusses an den deutschen Handwerkerbund wurde beschlossen, daß es den einzelnen Mitgliedern frei stehen solle, beizutreten. Bei Berathung des Antrages auf Trennung der Gewerbe von der Handelskammer wurde die Einführung eines gleichmäßigen Wahlmodus angenommen, durch welchen Handel und Gewerbe in gleicher Mitgliederzahl vertreten sein sollen. Der Antrag, ein Gesuch an das Staatsministerium zu richten um Gewährung eines Darlehns zur Errichtung von Verkaufsläden der Genossenschaft wurde einstimmig angenommen. Gegen das Project der Gründung von Officierconsumvereinen sollen Schritte bei der Staatsregierung, beim Landtag und beim Reichstag eingeleitet werden. Als nächster Vorort wurde Regensburg gewählt.

* Wie die Czechen gegen die neuerrichteten deutschen Schulen in Holleschowitz und Lieben bei Prag Sturm laufen, wie die Polen fast jeglichen deutschen Unterricht in Galizien ausgemerzt haben, wie die Slovenen gegen alle deutschen Bildungsanstalten in Krain rücksichtslos vorgehen, so werden auch die vom Staate und dem Wiener Deutschen Schulverein in Südtirol errichteten deutschen Schulen den Italienern oder besser gesagt den Irredentisten unangenehm. 1879 wurde endlich für die 2000 Deutschen in Trient eine deutsche Staatsschule errichtet; wie sehr dieselbe ein Bedürfniß war, geht aus der Frequenz derselben zur Genüge hervor. Gleich im ersten Jahre ihres Bestandes (1879/80) zählte die neue Anstalt einschließlich der Zöglinge des Kindergartens 260 Schüler und Schülerinnen; diese Zahl vermehrte sich im Schuljahre 1880/81 auf 275, 1881/82 auf 361, 1882/83 auf 436 Schüler. Mit Beginn des neuen Schuljahres ist aber die Schülerzahl auf über 500 gestiegen. Aehnlich verhält es sich mit den am Staats-Gymnasium in Trient errichteten deutschen Parallel-Classen. Mit Schrecken sehen die Italianissimi, daß die seit Jahrhunderten in Trient unterdrückten Deutschen allmälig wieder zur Geltung kommen und an Einfluß gewinnen. Der ganze Haß der herrschenden Partei kehrt sich nun gegen die deutsche Staatsschule, weil diese dem deutschen Elemente einen festen Stützpunct verleiht und der Verwelschung Tausender von deutschen Kindern wirksame Hindernisse bereitet. Im Gemeinderathe von Trient stellte kürzlich Dr. v. Ricadona einen Dringlichkeitsantrag gegen die deutsche Staatsvolksschule, sowie gegen die deutschen Parallel-Classen am Staatsgymnasium; der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Ein Glück nur, daß die frühere Gleichgiltigkeit der Regierung gegenüber der Verwelschung weiter deutscher Gebiete in Südtirol neuerdings ganz erheblich nachgelassen hat. So wird auch der Beschluß der Gemeindevertretung von Trient irgend welche Nachtheile für die im Aufblühen begriffenen deutschen Bildungsanstalten nicht zur Folge haben.

* Ueber die Vorbereitungen zur Leichenfeier Turgenjew's schreibt man der Nat.-Ztg. aus St. Petersburg vom 5. October:

Die Beisetzung des russischen Nationaldichters Iwan Turgenjew findet am Dienstag statt. Seitens der anordnenden Commission zur Beerdigung Turgenjew's ist nun durch die hiesigen Blätter der Weg, den der Trauerzug zu nehmen hat, veröffentlicht worden. Für Jemanden, der die Topographie St. Petersburgs nicht kennt, geht daraus hervor, daß der Zug durch eirca 9 Straßen gehen wird. Für uns Petersburger jedoch sind die meisten dieser Straßen, als zu den schmutzigsten und schlechtesten gehörend, bekannt. Es liegen daher offenbar Gründe eigener Art vor, daß der Leiche des berühmtesten russischen Schriftstellers der Gegenwart eine so eigenthümliche Behandlung zu Theil wird. Die Leiche eines noch so unbekannten und verdienstlosen Generals, die vom Auslande ankommt, wird durch die einzig zur Trauerfeierlichkeit passenden Straßenzüge überführt, nämlich durch den Jsmailow- und Moscowski-Prospect, die große Morskoi und Newski-Prospect. Man sage nicht, daß dieser Weg weiter ist, denn man würde ihn schneller zurücklegen können und diese weniger Gefahr, als auf dem grauenhaften Pflaster in den genannten Schmutzstraßen die Räder des Leichenwagens zu brechen. Auffallend muß es erscheinen, daß von der hiesigen Presse Nichts dagegen verlautet; dies hat jedoch seinen Grund darin, daß bereits